

Resiliente Innenstädte: Ein integriertes territoriales Instrument für nachhaltige Stadtentwicklung in Niedersachsen

- Hinweise zum Nachweis der politischen Unterstützung -

Hintergrund

In den Strategieanforderungen werden auf Seite 5 u. a. Unterlagen eingefordert, die die politische Unterstützung der kommunalen Ebene für die Strategieumsetzung nachweisen. Das können Ratsbeschlüsse zur Bewerbung in dem hier gegenständlichen Programm, Letter of Intent, Letter of Support oder Ähnliches sein. Ergänzend zu den weiteren, bereits veröffentlichten Hinweisen soll diese Anforderung im Folgenden konkretisiert werden.

Grundsätzlich ist zu beachten, dass die Steuerungsgruppe mit kommunalen Vertreterinnen und Vertretern sowie WiSo-Partnern über die Förderwürdigkeit der Projekte entscheidet. Damit trifft sie auch die Entscheidung über die Verwendung des reservierten Mittelansatzes für „Resiliente Innenstädte“. Im nächsten Schritt erfolgt, mit dem positiven Votum der Steuerungsgruppe, die Förderfähigkeitsprüfung der Projekte durch die NBank. In dem Zuge muss auch die Finanzierung sichergestellt sein.

Bei der Konzeptionierung von Struktur und Arbeitsweise der Steuerungsgruppe ist deshalb auch zu berücksichtigen, wie die politische Ebene in die Prozesse eingebunden werden soll. Das gilt insbesondere für Projekte, bei denen eine öffentliche Kofinanzierung vorgesehen ist. So ist es beispielsweise sinnvoll, bei der Terminierung von Sitzungen der Steuerungsgruppe die Termine von Ausschuss- und/oder Ratssitzungen zu berücksichtigen.

Vor der Programmaufnahme muss sichergestellt sein, dass die Strategie auch politische Unterstützung erfahren wird.

Nachweis der politischen Unterstützung

- Im Idealfall liegt bei Einreichung der Strategie bis zum 21.04.2022 bereits ein politischer Beschluss vor, der folgende Punkte enthält:
 - Unterstützung der Bewerbung der Kommune für „Resiliente Innenstädte“ und Anerkennung der Inhalte der Strategie, insbesondere des Handlungskonzeptes und der Leitprojekte seitens der politischen Ebene
 - Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der Steuerungsgruppe und zur gemeinsamen Umsetzung der Strategie für „Resiliente Innenstädte“
 - Grundsätzliche Bereitschaft, die öffentliche Kofinanzierung für einzelne Projekte des Programms „Resiliente Innenstädte“ zu leisten
- Der Beschluss kann beispielsweise durch den Rat oder den Verwaltungsausschuss getroffen werden. Im Falle eines Beschlusses durch den Verwaltungsausschuss ist der Rat mindestens zu informieren.
- In begründeten Fällen kann ein entsprechender politischer Gremienbeschluss bis zum 13.07.2022 nachgereicht werden. Die Gemeinde/Stadt informiert das Ministerium für Europa- und Bundesangelegenheiten sowie Regionale Entwicklung hierüber und reicht bis zum 21.04.2022 mindestens eine Absichtserklärung der Hauptverwaltungsbeamten zu den oben aufgezählten Punkten ein.